



Deutsch-türkische Städtepartnerschaften: Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten

Tagung des Rats der Gemeinden und Regionen Europas – Deutsche Sektion
und der Heinrich-Böll-Stiftung
6./7. Juni 2011 in Nürnberg
Dokumentation



Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Inhalt

Vorwort	2
Migrantinnen und Migranten als Brücke <i>Von Ines Spengler und Albert Statz</i>	3
„Kommunale Partnerschaften zwischen Deutschland und der Türkei“ – Umfrage unter deutschen Partnerstädten	9
Deutsch-türkische Städtepartnerschaften: Kommunen als Vorreiter eines „Europa von unten“ <i>Von Claudia Roth</i>	15
Anhang	
Hinweise und Links zu Städtepartnerschaften	18
Fördermittel für Projekte mit der Türkei	19
Übersicht: Deutsch-türkische Partnerschaften, Freundschaften und Kontakte	21
Berliner Städtepartnerschaften mit der Türkei – Ein Tagungsbericht	24
Impressum: Autoren, Kontakt	26

Liebe Leserin, lieber Leser,

hiermit dokumentieren wir in elektronischer Form das erste bundesweite Vernetzungstreffen der deutschen Städtepartnerschaften mit der Türkei, das am 6./7. Juni 2011 in Nürnberg von der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt wurde. Der ausführliche Bericht in der elektronischen Mitgliederzeitschrift des RGRE, Europa kommunal, Heft 4/2011, wurde integriert.

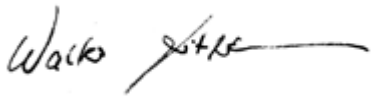
Dreißig Vertreterinnen und Vertreter von deutschen Partnerstädten tauschten sich über ihre Erfahrungen und Probleme in der Partnerschaftsarbeit aus. Dabei spielten die Verbindung der Partnerschaftsarbeit mit den Zuwanderern aus der Türkei und ihren Gemeinschaften vor Ort, die Begegnung zwischen den Menschen und die Kooperation in konkreten Projekten, etwa bei der Stadtentwicklung oder im wirtschaftlichen Bereich, eine zentrale Rolle. Weitere Themen waren die unterschiedlichen politischen Kulturen und Verwaltungsstrukturen, Finanzierungsmöglichkeiten der Partnerschaftsarbeit und Probleme bei der Vergabe von Einreisevisa. Zur Vorbereitung hatte der RGRE eine [Umfrage bei den ca. 80 Partnerschaften](#) durchgeführt, um Motive, Formen der Kooperation und Themenschwerpunkte zu erfassen. Ihre Auswertung ist ebenso in diese Dokumentation aufgenommen worden wie einige zusätzliche Informationen, die für die Partnerschaftsarbeit mit der Türkei nützlich sein können. Bei Claudia Roth, Vorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, die aus aktuellen politischen Gründen leider nicht wie geplant an der Konferenz teilnehmen konnte, möchten wir uns für ihren hier dokumentierten [Beitrag](#) sehr herzlich bedanken.

Die Resonanz der Teilnehmenden auf den zweitägigen Workshop war sehr positiv und zeigte den regen Bedarf an Information und Austausch. Es wurde deutlich, wie vielschichtig und innovativ die unterschiedlichen

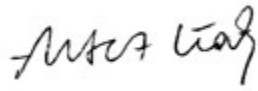
Projekte in den Kommunen sind. Die Kontaktaufnahme untereinander soll durch die auf der [Homepage der Deutschen Sektion des RGRE](#) ständig aktualisierte Liste der Partnerschaften und die Teilnahmeliste erleichtert werden. Für weitere Informationen und Beratung, zum Beispiel bei der Partnersuche, wenden sich interessierte Kommunen bitte an [Frau Ines Spengler](#) beim RGRE. Für einen inhaltlichen Austausch stehen auch [Herr Dr. Albert Statz](#) und [Herr Wolfgang Pohl](#) für die Heinrich-Böll-Stiftung zur Verfügung. Die Heinrich-Böll-Stiftung baut gegenwärtig in Weiterentwicklung der [kommunalpolitischen Infothek](#) ein Wiki auf, das allen Interessierten offensteht.

Es bestand Konsens, dass die Vernetzung der deutsch-türkischen Städtepartnerschaften – sei es als allgemeiner Erfahrungsaustausch, sei es zu einzelnen Themenbereichen – fortgeführt werden sollte. Dazu bedarf es allerdings einer Stadt als Gastgeberin.

Ohne die tatkräftige Unterstützung von Ines Spengler und Elisabeth Schütze, Wolfgang Pohl, Fabian Langer und Udo Tremmel wären Konferenz und Dokumentation nicht zustande gekommen. Bei ihnen, den Referentinnen und Referenten sowie allen Beteiligten möchten wir uns für ihr Engagement und ihre Mitarbeit sehr herzlich bedanken, insbesondere auch bei der Stadt Nürnberg für ihre Gastfreundschaft.



Walter Leitemann
Stellv. Generalsekretär
RGRE Deutsche Sektion



Dr. Albert Statz
für die Heinrich-Böll-Stiftung

Migrantinnen und Migranten als Brücke

Von Ines Spengler und Albert Statz

Erstmals organisierten die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und die Heinrich-Böll-Stiftung im Juni 2011 eine Tagung, bei der sich Vertreterinnen und Vertreter deutscher Kommunen trafen, die Partnerschaften und Freundschaften mit türkischen Kommunen pflegen, und die Gelegenheit zu einem ausführlichen Erfahrung- und Ideenaustausch bot.

Welche typischen Merkmale prägen eine deutsch-türkische kommunale Partnerschaft und in welche Richtung kann sich eine solche Partnerschaft in Zukunft entwickeln? Hierzu trafen sich rund 30 Vertreterinnen und Vertreter deutscher Kommunen am 6. und 7. Juni 2011 in Nürnberg, um ihre Konzepte und praktischen Erfahrungen aus den jeweiligen Städte- und Kreispartnerschaften zu diskutieren. Moderiert wurde die Veranstaltung vom stellvertretenden Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE, Walter Leitemann, und Dr. Albert Statz für die Heinrich-Böll-Stiftung. Eingeladen hatte die Stadt Nürnberg in ihr neues „Internationales Haus“ am Hans-Sachs-Platz; dieses malerisch an der Pegnitz gelegene Gebäude dient seit kurzem als Mittelpunkt der vielfältigen internationalen Arbeit der Frankenstadt.

Im Vorfeld der Veranstaltung hatte die Deutsche Sektion des RGRE eine [Umfrage unter den etwa 80 deutschen Kommunen](#) durchgeführt, die Beziehungen zu türkischen Kommunen haben, um den Status Quo der deutsch-türkischen Partnerschaftsbeziehungen auszuloten. Vier zentrale Ergebnisse der Umfrage prägten auch die Diskussion und nahmen einen breiten Raum

Zu den Autoren

Ines Spengler ist Mitarbeiterin der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und dort unter anderem Ansprechpartnerin für den Bereich „Kommunale Partnerschaften“.

Dr. Albert Statz, Regierungsdirektor a.D., ist Mitglied des Beirates für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg und des Forum Berlin-Istanbul sowie Co-Autor der Studie „Kommunale Partnerschaften und Netzwerke. Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit“ der Heinrich-Böll-Stiftung.

in den Gesprächen ein: die Bedeutung der türkischen Zuwanderer und ihrer Community, die Rolle der politisch-kulturellen Unterschiede zwischen den beiden Ländern, die Herausbildung neuer Themen und Projekte und praktische Probleme in den Partnerschaftsbeziehungen wie Finanzierungsmöglichkeiten und die Erteilung von Visa für die türkischen Partner.

Erfahrungen aus Nürnberg

In seiner Begrüßung stellte der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly zwei Erfahrungen heraus und provozierte damit Diskussionen, die sich durch die Tagung zogen und durchaus kontrovers waren. Die türkische Partnerstadt Nürnbergs, Antalya, sei eine moderne Stadt – in Nürnberg sähe man mehr Kopftücher als dort. Es gäbe ein „Exilphänomen“: Es sei typisch, dass sich das Heimatland Türkei im Vergleich zu den Zuwanderern und ihrer Herkunft stärker modernisiert habe. Daher sei es auch ein Ziel der Partnerschaftsarbeit, in Nürnberg zu einer Öffnung der türkischen Community beizutragen. Die Städtepartnerschaftsarbeit finde in einer „Parallelwelt“ zur Realität der türkischen Arbeitsmigration in Nürnberg statt, da sie sehr von Intellektuellen getragen sei. Es bestehe zwar ein gegenseitiges Verständnis, die Chancen einer breiteren Verankerung in der Community seien aber noch nicht ausgelotet.

Des Weiteren sah Maly die Zukunft der Städtepartnerschaft in einer Erweiterung der Begegnungen und des interkulturellen Austauschs um Themenfelder der praktischen Zusammenarbeit etwa im Energiebereich. Konkret gehen Nürnberg und Antalya ein gemeinsames Solarprojekt an, da die Nutzung dieser alternativen Energiegewinnung in der Türkei noch hinterherhinke und sich außerdem Kooperationsmöglichkeiten mit Betrieben hier ergeben würden. Globale Zukunftsfragen wie der Klimawandel und der demografische Wandel spielten auch in den Partnerschaftsbeziehungen eine zunehmende Rolle. Dies zeige sich auch in einem der neueren Projekte zwischen Nürnberg und Antalya, das die Altenpflegeausbildung in Deutschland und der Türkei miteinander verbindet.

Fokus: Thematische Projekte und klassische Begegnungsarbeit

Die Diskussion über die Inhalte der Städtepartnerschaftsarbeit zeigte den großen Variantenreichtum der Ausgestaltung der Beziehungen mit den türkischen Kommunen. Es wurde deutlich, dass zum einen der projekt- und themenbezogenen Kooperation eine immer größere Bedeutung beigemessen wird, aber auch die Instrumente der klassischen Begegnungsarbeit und interkulturellen Kommunikation wie Bürgerreisen, Schüleraustausche und Jugend- und Sportbegegnungen nichts von ihrer Aktualität und Bedeutung eingebüßt haben. Vielfach bilden die klassischen Begegnungsformate die Basis und den Rahmen, um auf der Grundlage erprobter Beziehungen auch fachlich miteinander zu arbeiten.

Die thematische und projektbezogene Partnerschaftsarbeit zeigt eine klare Orientierung auf Zukunftsfragen: Besonders die Nutzung regenerativer Energiequellen wurde als ein lohnendes Kooperationsfeld angesehen, kann hier doch die Erfahrung deutscher Kommunen und Unternehmen dazu beitragen, das Potenzial bisher ungenutzter Ressourcen wie Sonnenenergie auszuschöpfen. Das Interesse am Know-how deutscher Kommunen von türkischer Seite erstreckte sich dabei weitergehend auch auf die Bereiche Verkehrsplanung, Stadtplanung und -gestaltung sowie Müllverwertung. Die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft schlugen sich ebenso in Kooperationsprojekten nieder: So versuchen deutsche Kommunen im Rahmen von Ausbildungskooperationen türkische Pflegekräften zu gewinnen und mithilfe türkischer Universitäten die Bedürfnisse türkeistämmiger Senioren in Deutschland zu ermitteln, um das kommunale Angebot entsprechend zu gestalten. Der Katastrophenschutz, insbesondere bei Erdbeben und Hochwasser, stellte ein weiteres Feld für den Wissenstransfer dar.

Wie diese Beispiele zeigen, sind es die ganz konkreten Problemlagen, die einen interkommunalen Austausch fruchtbar werden lassen. Gleichzeitig stoßen die Initiativen gerade auf dieser Ebene auch zuweilen an ihre Grenzen, wenn die zentralistischere Struktur türkischer Politik Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene verhindert oder einen sehr viel längeren Atem erfordert.

Insgesamt gesehen zeigte sich in den Diskussionen eine Weiterentwicklung der Partnerschaftsarbeit hin zu projektbezogenen Kooperationen, ohne jedoch die Bedeutung klassischer Begegnungsformate in diesen Prozessen geringer zu schätzen.

Bedingungen aus türkischer Sicht

Die Türkei-Expertin Dr. Ulrike Dufner, die seit sieben Jahren das Türkei-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Istanbul leitet, gab einen Überblick über die politischen Bedingungen der Partnerschaftsarbeit aus der Perspektive der Türkei. Sie ging auf die aktuelle politische Situation in der Türkei und die kommenden Wahlen ein, die am 11. Juni 2011 stattgefunden haben. Die Revision der türkischen Verfassung, die nach den Wahlen durchgeführt werden soll, ist auch für die Städtepartnerschaftsarbeit interessant. Denn es geht auch um eine stärkere Dezentralisierung des Staates. Städtepartnerschaften unterstehen in der zentralistischen Tradition des Osmanischen Reiches der Regierungskontrolle; seit 2002 gibt es allerdings Reformbestrebungen, den Städten und ihren Partnerschaften mehr Autonomie zu gewähren. Derzeit benötigen Städtepartnerschaften in der Türkei die Zustimmung des Innenministeriums; auch die entsprechenden Finanzmittel werden zentral vergeben.

Wie Dufner ausführte, ist die Türkei selber seit vielen Jahren geprägt von der Freundschaft zu Deutschland. Der Beitritt der Türkei zur EU findet nach wie vor ebenso eine breite Unterstützung in der Bevölkerung wie eine Öffnung gegenüber dem Westen insgesamt, vor allem in den Mittelmeerregionen. Laut einer Studie äußern sich die kommunalen Vertreter dort überwiegend positiv über die EU. Insgesamt existieren in der Türkei 715 Städtepartnerschaften, wovon allerdings der überwiegende Teil innertürkische Städtepartnerschaften sind; davon entfallen allein 143 auf Istanbul, das zusammen mit Ankara, Izmir und Bursa die Hälfte aller Partnerschaften pflegt. Im internationalen Bereich bestehen 153 freundschaftliche Verbindungen mit ausländischen Städten. Auch die internationalen Partnerschaften konzentrieren sich auf die Kommunen am Mittelmeer und im Großraum Istanbul. Dagegen gibt es kaum Partnerschaften mit dem Osten und Südosten der Türkei, also auch den mehrheitlich kurdischen Gebieten. Bemerkenswerterweise pflegen türkische Städte weder Städtepartnerschaften im Südosten Europas noch in den osteuropäischen Ländern. In den

meisten Fällen spiegeln die Herkunftsstädte der Migranten nicht die Städte wider, mit denen Städtepartnerschaften bestehen. Umgekehrt können aber die türkischstämmigen Rückkehrer eine Brückenfunktion übernehmen. So existiert beispielsweise in Istanbul ein Rückkehrerstammtisch, ein in Wirtschaft und Kultur integriertes Netzwerk, das genutzt werden sollte. Im Hinblick auf die „weichen“ Faktoren wie etwa die Mentalitätsunterschiede unterstrich Dufner, dass die Zusammenarbeit zumeist über Netzwerke und persönliche Kontakte geschehe. Es spiele auch eine maßgebliche Rolle, dass die Beziehungen auf Augenhöhe stattfänden.

Ergebnisse der Umfrage

Die [Ergebnisse der Umfrage](#), die die Deutsche Sektion des RGRE im Vorfeld unter den deutschen Kommunen durchgeführt hat, die Partnerschaften mit der Türkei pflegen, stellte im Anschluss Dr. Albert Statz vor. Dabei bestätigten sich die allgemeinen Erkenntnisse über die Entwicklung von Städtepartnerschaften: die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Kontakte – vom Engagement einzelner Personen und der Partnerschaftsvereine bis hin zu der türkischen Community –, die zunehmende Herausbildung gemeinsamer Projekte der Stadtverwaltungen und das Problem der unterschiedlichen kulturellen und politischen „Welten“, die aufeinandertreffen. Überraschend bei der Umfrage war, dass den städtepartnerschaftlichen Beziehungen vielfach auch eine integrative Wirkung in die Kommunen hinein zugeschrieben wird. Die politischen Probleme der deutsch-türkischen Beziehungen wie der Beitritt zur EU oder Islamisierungstendenzen in der Türkei spielen offenkundig keine große Rolle. Eine ausführliche [Auswertung der Umfrage](#), die mit einer Rücklaufquote von etwa 30 Prozent nicht repräsentativ ist, wurde in die vorliegende Dokumentation aufgenommen.

Links

- Deutsche Sektion des Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE): www.rgre.de
- Kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung: www.kommunale.info/staedtepartnerschaften
- Amt für Internationale Beziehungen der Stadt Nürnberg: www.nuernberg.de/internet/international

Erfahrungsberichte aus den Kommunen

Im Anschluss an die beiden einleitenden Statements berichteten die Teilnehmenden in einer moderierten Diskussion über die Aktivitäten in den Partnerschaften. Schwerpunkte dieses Erfahrungsaustausches waren zum einen die Frage der Einbindung der türkischen Community in die Arbeit der Partnerschaftsvereine, zum anderen die Projektzusammenarbeit mit den türkischen Partnern. Darüber hinaus tauschten sich die Teilnehmenden über Probleme der Finanzierung der Begegnungen und über die Schwierigkeiten aus, Einreisevisa nach Deutschland zu erhalten.

Viele der Teilnehmenden bestätigten, dass die türkischen und türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürger, die sich in den Städtepartnerschaftsvereinen engagieren, sehr häufig der intellektuellen Schicht angehören, dass es aber durchaus auch Partnerschaften gibt, die aus dem Milieu der klassischen Arbeitsmigration entstanden sind. Ein wichtiges Ziel sei es, die gesellschaftliche Basis zu verbreitern und auch bildungsfernere Schichten in die Städtepartnerschaftsarbeit zu integrieren. Häufig werde begonnen, bereits Jugendliche im Rahmen eines Jugendaustauschs hierfür zu begeistern. Eine Verzahnung mit den türkischen Vereinen in den Kommunen sei unerlässlich. Neben Projekten, die die Bürgerinnen und Bürger direkt einbeziehen, existieren zahlreiche Projekte, die auf Verwaltungsebene ablaufen. Beispiele hierfür sind Universitätsaustausche, Projekte in den Bereichen Energie, öffentlicher Nahverkehr, nachhaltige Stadtentwicklung und -gestaltung sowie Genderpolitik und Gleichstellung.

Zum Thema „Finanzierung“ hatte die Geschäftsstelle des RGRE eine **Übersicht** vorbereitet, in der EU-Förderprogramme zu finden sind, die Projekte mit dem Nicht-EU-Mitgliedstaat Türkei kofinanzieren. Hierzu zählen in erster Linie das Programm für lebenslanges Lernen und hier insbesondere der Programmbereich LEONARDO, das Programm Jugend in Aktion, mit dem Jugendaustausche unterstützt werden, sowie die Heranführungshilfe der EU für weitere Kandidatenländer (IPA-Instrument for Pre-Accession). An dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Fokus: Städtepartnerschaften und Integrationspolitik

In den Diskussionen nahm die Bedeutung der „türkischen Community“ für die Städtepartnerschaftsarbeit einen großen Raum ein. Ausgangspunkt war hierbei die kontrovers aufgenommene These des Nürnberger Oberbürgermeisters, Dr. Maly, der sich von den Begegnungen der türkeistämmigen Bürger mit Partnern aus der Türkei im Rahmen von Städtepartnerschaftsaktivitäten das Durchbrechen eines „Exilphänomens“ erhofft. Dieses sei gekennzeichnet durch ein „Modernisierungsdefizit“ der in Deutschland lebenden türkischen Migranten. Die oft aus Anatolien stammenden Zuwanderer der ersten Generation und ihre Familien seien in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen einem längst nicht mehr existierenden Türkeibild verhaftet, ohne neuere Entwicklungen der Öffnung und Liberalisierung in ihrem ehemaligen Heimatland aufgenommen zu haben. Um den damit verbundenen Rückzugstendenzen in ihr eigenes Milieu entgegenzuwirken, könne ihre Teilnahme an Städtepartnerschaftsaktivitäten dazu beitragen, dass sie sich durch ein besseres gegenseitiges Kennenlernen und Verständnis stärker integrieren. Städtepartnerschaftsarbeit ist in den Augen von Integrationsbeauftragten daher auch mit hohen Erwartungen an eine stärkere Integration verbunden. Die Ansprache und Einbindung türkeistämmiger Bürger wird dabei auch zu einem Gradmesser für den Erfolg der Partnerschaftsarbeit nach innen. Diese These wurde lebhaft diskutiert. Die Einbeziehung der türkeistämmigen Bevölkerung sei wichtig und gleichzeitig schwierig. Allerdings könne 50 Jahre nach dem Beginn der türkischen Einwanderung von einer einheitlichen türkischen Community kaum mehr gesprochen werden, da diese eine ähnliche differenzierte soziale Struktur aufweise wie die deutschstämmige Bevölkerung. Die Integration hinge weniger von kulturellen Besonderheiten als von der Zugehörigkeit zu „bildungsnahen“ oder „-fernen“ Schichten ab. Das spiegele sich auch in den Partnerschaftsinitiativen wider und sowieso sei nur ein kleiner Teil der Bevölkerung daran interessiert. Nichtsdestotrotz stellte die Partnerschaftsarbeit für einen Großteil der Diskutanten eine Chance dar, die Kommunikation mit der türkeistämmigen Bevölkerung zu verstärken, wobei als Grundlage dieser Initiativen Wertschätzung, Anerkennung und Augenhöhe genannt wurden, Maximen, die ebenso die Grundlage für die Begegnung mit den Partnern in der Türkei bilden sollten.

ist die Türkei nicht beteiligt; daher können Bürgerbegegnungen mit türkischen Partnerstädten unter dieser Programmlinie nicht gefördert werden.

Spannende Diskussionen

Zum Abschluss der Veranstaltung bot eine Panel-Runde noch einmal die Möglichkeit, auf die verschiedenen politischen Aspekte der deutsch-türkischen Kommunalpartnerschaften einzugehen. Der türkischstämmige Nürnberger Stadtrat Arif Tasdelen hob die unterschiedliche Entwicklung und Einstellung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund hier und in der Türkei und die Bedeutung des Jugendaustauschs hervor. Die Erfahrungen für deutsche Jugendliche, die die Türkei besuchen, würden zu einem besseren Verständnis für diejenigen Türken und türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürger beitragen, die in Deutschland leben. Für die Stadt Nürnberg stehe die besondere Bedeutung der Städtepartnerschaft für die Integration der türkischstämmigen Zuwanderer im Vordergrund. Die Zusammenarbeit zwischen Nürnberg und Antalya stelle für ihn nicht nur Bürgermeister-Tourismus dar, sondern es gebe eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den Richtern beider Länder, der Polizei, Ärzten, der Industrie- und Handelskammer, den Schulen sowie Musikschulen.

Petra Dachtler vom Türkeireferat des Auswärtigen Amtes berichtete, dass die Botschaften und Generalkonsulate in der Türkei die Zusammenarbeit der Kommunen sehr positiv bewerten. Mittlerweile würde auch die Wirtschaftsförderung in Projekte einbezogen, was der Bedeutung der Türkei entspreche, die im Hinblick auf ihre Wirtschaftskraft weltweit an sechster Stelle stehe. Breiten Raum nahm die Diskussion über die restriktive Handhabung der Visavergabe für Partnerschaftsbesuche aus der Türkei ein, die von der türkischen Seite als Diskriminierung wahrgenommen wird. Darauf angesprochen, beschrieb Dachtler zunächst die Erleichterung durch ein Mehrfachvisum, das für Geschäftsleute entwickelt worden ist. Solche Erleichterungsabkommen auch für Schüler oder Jugendliche abzuschließen, scheitere aber aufgrund der Schengen-Regelungen an einem fehlenden Rücknahmeabkommen für die Türkei, für das sich die Bundesregierung

einsetze. Auf eine liberalere Handhabung durch andere Länder wie Italien angesprochen, erklärte sie ihre Bereitschaft, konkrete Fälle zu prüfen und sich um Lösungen zu bemühen.

Suat Bakir, Geschäftsführer der türkisch-deutschen Industrie- und Handelskammer (TD-IHK) mit Sitz in Köln, berichtete von seiner notwendigen Mittlerrolle zwischen deutschen und türkischen Unternehmen, da das Geschäftsverhalten doch sehr große kulturelle Unterschiede aufweise. Die TD-IHK berät bei Kooperationsvorhaben sowohl in der Türkei als auch hier, sowohl türkische wie deutsche Unternehmer. Bakir betonte vor allem das große Potenzial der 3,1 Millionen türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürgern, die in Deutschland leben. Im Hinblick auf die kommunalen deutsch-türkischen Beziehungen bestätigte er, dass Städtepartnerschaften und die kommunale Wirtschaftsförderung sich parallel entwickelten, aber dabei dieselben Ziele verfolgten. Bakir sieht die Potenziale für eine stärkere Einbeziehung von Unternehmenskooperationen in die Städtepartnerschaften noch keineswegs ausgeschöpft. So könnten Unternehmen zum Beispiel beim Jugendaustausch begleitende Maßnahmen wie Betriebspraktika durchführen. Er erklärte sich bereit, Städtepartnerschaften hierbei zu beraten.

Ulrike Dufner, die bereits zu Beginn der Veranstaltung eine vertiefte Einschätzung der deutsch-türkischen kommunalen Partnerschaften abgegeben hatte und die auf dem Panel Claudia Roth vertrat, die wegen der Behandlung des Atomkonsenses im Bundestag kurzfristig absagen musste, bot an, dass das Türkei-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung mit Rat und Tat zur Seite stehen könne und betonte das große Potenzial, deutsche Partnerschaften mit der Türkei auszuweiten, indem sie sich an bestimmte Zielgruppen richten oder spezielle Angebote formulieren. Angesichts der Konzentration der Städtepartnerschaften auf den Westen der Türkei sah sie die Möglichkeit, über diese Beziehungen auch auf Kommunen im Osten zuzugehen. Von großer Bedeutung, so Dufner, sei es, dass Deutschland nicht als Vorbild oder Maßstab präsentiert werde, sondern der Kontakt auf gleicher Augenhöhe stattfinde und man zu beiderseitigem Nutzen vonein-

ander lerne. Angesichts der Situation im Nahen Osten vertrat Dufner die Auffassung, dass Städtepartnerschaften mit der Türkei, die eine Schlüsselstellung in der Region einnimmt, auch eine friedenspolitische Dimension gewinnen könnten.

Nach der Veranstaltung zogen die Heinrich-Böll-Stiftung und die Deutsche Sektion des RGRE eine sehr positive Bilanz. Die Gespräche und Vorträge haben gezeigt, dass ein reger Bedarf an Information und Austausch besteht. Darüber hinaus kam zutage, wie vielschichtig und abwechslungsreich die unterschiedlichen Projekte in den jeweiligen Kommunen sind. Es bestand Konsens, die Vernetzung der deutsch-türkischen Städtepartnerschaften – sei es als allgemeiner Erfahrungsaustausch, sei es zu einzelnen Themenbereichen – fortzuführen, wozu es allerdings einer Stadt als Gastgeberin bedarf.

Tagungsprogramm

Montag, 6. Juni 2011

- | | |
|-------------------|--|
| 14:00 Uhr | Registrierung, Begrüßungskaffee, Markt der Möglichkeiten |
| 15.00 Uhr | Eröffnung der Veranstaltung
<i>Walter Leitemann, Stellv. Generalsekretär
der Deutschen Sektion des RGRE
Dr. Albert Statz, Heinrich-Böll-Stiftung</i> |
| 15.15 Uhr | Begrüßung der Teilnehmer/innen durch
<i>Herrn Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly</i> |
| 15.30 Uhr | Deutsch-türkische kommunale Partnerschaften –
welche Welten treffen aufeinander?
<i>Dr. Ulrike Dufner, Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Istanbul</i>

Ergebnisse der Umfrage zu den Deutsch-türkischen
Partnerschaften
<i>Dr. Albert Statz, Heinrich-Böll-Stiftung</i> |
| 16.30 – 18.00 Uhr | Aspekte der Deutsch-türkischen kommunalen Partnerschaften –
Gute Beispiele und Erfahrungsaustausch (Teil 1) |
| Im Anschluss: | Abendveranstaltung im Internationalen Haus – Flying Buffet |

Dienstag, 7. Juni 2011

- | | |
|-------------------|--|
| 9.00 – 10.30 Uhr | Aspekte der Deutsch-türkischen kommunalen Partnerschaften –
Gute Beispiele und Erfahrungsaustausch (Teil 2) |
| 10.30 – 11.00 Uhr | Kaffeepause |
| 11.00 – 13.00 Uhr | Paneldiskussion
Bedeutung / Stellenwert der deutsch-türkischen kommunalen
Beziehungen

Ausblick mit <i>Dr. Ulrike Dufner</i> , Büro der Heinrich-Böll-Stiftung
in Istanbul; <i>Suat Bakir</i> , Geschäftsführer der Türkisch-Deutschen
Industrie- und Handelskammer; <i>Petra Dachtler</i> , Auswärtiges Amt,
Türkeireferat; <i>Arif Tasdelen</i> , Stadtrat Nürnberg
Moderation: <i>Walter Leitemann / Dr. Albert Statz</i> |
| 13.00 Uhr | Mittagsimbiss / Ende der Veranstaltung |

Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer

Kommunen

Ansbach	Paul Seltner	Köln	Söngül Batmaz
Berlin	Rudi Blom	Lörrach	Dagmar Fük-Baumann
Erlangen	Silvia Klein	Mannheim	Petra Holzer
Eschweiler	Hartmut Fröhlich	Melle	Gottfried Müller
Eschweiler	Petra Seeger	Melle	Nils Oberschelp
Fürth	Hilde Langfeld	Melle	Yilmaz Kilic
Hamm	Wolfgang Müller	Münster (Uni)	Kai Pfundheller
Hamm	Günter Schwibbe	Neustadt/Weinstr.	Peter Fröhlich
Hannover	Paul Burkhard Schneider	Neustadt b. Cobg.	Tom Schultheiß
Idstein	Michaela Lehr-Krüger	Nürnberg	Riza Oezlek
Idstein	Ottmar Weigel	Oberhausen	Desbina Kallinikidou
Karlsruhe	Oliver Kuhn	Schwäbisch Hall	Dr. Karin Eißeke-Kraft

Beteiligte

Auswärtiges Amt	Petra Dachtler
Deutsch-türkische Industrie- und Handelskammer	Suat Bakir, Geschäftsführer
Stadt Nürnberg	Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly
Stadt Nürnberg	Dr. Norbert Schürgers, Internationale Beziehungen
Stadt Nürnberg	Arif Tasdelen, Stadtrat
Heinrich-Böll-Stiftung	Dr. Albert Statz
Heinrich-Böll-Stiftung	Wolfgang Pohl
Heinrich-Böll-Stiftung	Fabian Langer
Heinrich-Böll-Stiftung	Dr. Ulrike Dufner
RGRE	Walter Leitermann
RGRE	Ines Spengler
RGRE	Tanja Sartory
RGRE	Elisabeth Schütze
RGRE	Barbara Baltsch

„Kommunale Partnerschaften zwischen Deutschland und der Türkei“ – Umfrage

Auswertung der Umfrage „Kommunale Partnerschaften zwischen Deutschland und der Türkei“, durchgeführt für den Workshop „Deutsch-türkische kommunale Partnerschaften“ des Rats der Gemeinden und Regionen Europas, Deutsche Sektion, und der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, am 6./7. Juni 2011 in Nürnberg
Ansprechpartner: Dr. Albert Statz, albert.statz@gmx.net
Befragungszeitraum: Februar/März 2011

Hintergrund

Der Fragebogen diente zur thematischen Vorbereitung der Tagung „Deutsch-türkische kommunale Partnerschaften: Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten“ am 6./7. Juni 2011 in Nürnberg. Die Auswertung wurde von Fabian Langer und Albert Statz (HBS) mit Unterstützung von Elisabeth Schütze (RGRE) vorgenommen.

Bei einer Rücklaufquote von gut 30 Prozent der inzwischen ca. 80 formellen Partnerschaftsbeziehungen ist die Befragung zwar keineswegs repräsentativ; sie spiegelt aber die Vielfalt und wichtige Aspekte der Partnerschaften und gibt einen Eindruck von möglichen Blindstellen in der Partnerschaftsarbeit.

Auswertung

Bei der Eingangsfrage nach den Motivationen zur Gründung von Städtepartnerschaften mit türkischen Kommunen gibt ein Großteil der Befragten den hohen Anteil Türkeistämmiger in der Kommune an. Durch eine sichtbare Institutionalisierung der Kontakte zur Türkei erhofft man sich vor allem eine integrative Wirkung in die deutsche Kommune hinein: Durch ein Kennenlernen des Herkunftslandes der Türkeistämmigen soll auch der Austausch innerhalb der Kommune gefördert werden und der Dialog der deutschen und deutsch-türkischen Bevölkerung durch die gemeinsame

Partnerschaftsarbeit gestärkt werden. Das „Kennenlernen eines anderen kulturellen Hintergrunds“ im Rahmen städtepartnerschaftlicher Aktivitäten wird hierbei als Beitrag zu einem Integrationsprozess gesehen (Gladbeck/Alanya). Leider wurde nicht nach der Herkunft der Mitglieder oder nach verwandtschaftlichen Beziehungen in den Partnerschaftsvereinen gefragt, was Rückschlüsse über die Verankerung der Vereine in der nicht-migrantischen Bevölkerung erlauben würde.

Insgesamt liegt den Städtepartnerschaften vor allem das Motiv der interkulturellen Verständigung und des gegenseitigen Kennenlernens der Einwohner beider Kommunen zugrunde. Daher spielen ein breiter interkommunaler Austausch, vor allem auf kultureller, sportlicher und schulischer Ebene sowie bei regelmäßige Bürgerreisen, die zentrale Rolle. In geringerem Maße findet ein fachlicher, projektorientierter Austausch zwischen den Stadtverwaltungen statt. Die Antworten lassen zudem die Schlussfolgerung zu, dass eine direkt politische Motivation wie Förderung und Vorbereitung des EU-Beitritts oder die Unterstützung des Modernisierungsprozesses in der Türkei bislang kaum eine Rolle gespielt haben.

Als Grund für die Auswahl einer bestimmten türkischen Gemeinde werden in der überwiegenden Zahl der Fälle die bereits bestehenden Kontakte auf privater und politischer Ebene genannt. Dabei wurde zumeist darauf Wert gelegt, eine Partnerschaftskommune zu finden, zu der ein Großteil der türkeistämmigen Bewohner Beziehungen haben. Im Falle der Partnerschaft Dortmund-Trabzon war dies beispielsweise explizites Bestreben des Integrationsrates. In Idstein überbrachte der Imam der islamischen Gemeinde den Wunsch nach einer Partnerschaft mit Sile. In Karlsruhe bestehen privilegierte Kontakte zu vier Kommunen in der Türkei; eine soll zu einer formellen Partnerschaft werden. Bei dieser Entscheidung konkurrieren auch verschiedene deutsche und türkische Kräfte in der Zivilgesellschaft.

Neben diesem prägenden Übergewicht persönlicher Kontakte wurden nur wenige andere Gründe genannt: So wählte Erlangen seine Partnerstadt Istanbul-Besiktas aufgrund eines ausführlichen Kriterienkatalogs aus, Dortmund und Istanbul-Beyoglu fanden im Rahmen der gemeinsamen

Europäischen Kulturhauptstadt 2010 zusammen und Schönebeck und Söke verbanden sich auf Empfehlung des türkischen Innenministeriums, nachdem ein türkischer Unternehmer sich an die türkische Botschaft gewandt hatte. Eine Verbindung von bilateraler Partnerschaft und Aktivitäten im Rahmen internationaler Netzwerke ist nicht erkennbar (Ausnahme: Erlangen-Besiktas: Projekt Schule gegen Rassismus und europäische Städtekoalition gegen Rassismus).

Befragt nach der Bedeutung der Städtepartnerschaft im Kontext der internationalen Beziehungen der Gemeinde wurde diese überwiegend als „sehr wichtig“ und „wichtig“ bewertet.

Die Frage nach den Initiatoren und Akteuren der Partnerschaft zeigte eine Zweiteilung: Initiiert wurden die Städtepartnerschaften in der Hälfte der Fälle direkt aus der Stadtverwaltung, insbesondere von den Bürgermeistern, sowohl auf deutscher als auch auf türkischer Seite. In der anderen Hälfte der Fälle von Vereinen, politisch aktiven Einzelpersonen, aber auch anderen Akteuren wie dem Ausländerbeirat oder dem Integrationsrat (Eschweiler/Dalaman). Insgesamt ging die Initiative sehr viel stärker von deutscher als von türkischer Seite aus. Bei der Hochschulkooperation zwischen Düsseldorf und Izmir und Eschweiler/Dalaman waren sie explizit das Ergebnis der türkischen Aktivitäten.

Die Institutionen der Gemeinden (Stadtverwaltung, Gemeinderat) sind in den allermeisten Fällen in die Arbeit eingebunden, sei es durch direkte Beschlussfassungen, personelle und organisatorische Einbindung in die Aktivitäten und in selteneren Fällen durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln.

Die Existenz von Partnerschaftsvereinen nennt die Hälfte der befragten Kommunen, wobei jedoch unklar ist, ob es sich dabei um spezielle Vereine zur deutsch-türkischen Partnerschaft oder um allgemeine Partnerschaftsvereine handelt. Die Tätigkeiten der Partnerschaftsvereine sind wegen des Rücklaufs leider nur sehr unzureichend erfasst. Nach dem Verhältnis von Kommune und Zivilgesellschaft wurde nicht gefragt.

Es überrascht, dass fast die Hälfte eine Beteiligung von gesellschaftli-

chen Organisationen verneint. Dies liegt aber wohl an der Unklarheit der Fragestellung und einem restriktiven Verständnis von gesellschaftlichen Organisationen. Die Details der genannten Partner sowie die Antworten auf die Fragen nach der Initiierung der Partnerschaften und nach gemeinsamen Projekten zeigen jedoch eine ausgeprägte gesellschaftliche Verankerung in der Kommune. Zivilgesellschaftliche Akteure wie die Kirchen, Sport- und Kulturvereine, ein Frauenclub, die Arbeiterwohlfahrt, die Pfadfinder oder der Freundeskreis der jüdischen Gemeinde spielen eine herausragende Rolle. Als wirtschaftliche Akteure werden die IHK bzw. die deutsch-türkische IHK und ein Entsorgungsbetrieb genannt. Darüber hinaus trägt ein breites Spektrum von (halb-)öffentlichen Einrichtungen wie die Feuerwehr und das THW sowie die Bildungseinrichtungen (vor allem Schulen, aber auch Hochschulen und Volkshochschulen) die Arbeit in den Partnerschaften. Dabei sind auch die Stadtverwaltungen (Dezernate Umwelt, Kultur, Gleichstellung, Jugend, Schule) an solchen Aktivitäten beteiligt.

Demgegenüber sind in der Türkei bei weniger als der Hälfte der Partnerschaften gesellschaftliche Organisationen beteiligt, was im Kontext der sehr viel weniger ausgeprägten Rolle der Zivilgesellschaft zu sehen ist.

Die Einbindung der türkischen Community in die Partnerschaftsarbeit (Teilnahme an Aktivitäten, Planung und Unterstützung, Vermittlung von Kontakten, Dolmetscherdienste usw.) wird vom überwiegenden Teil der befragten Kommunen bestätigt. Dies geschieht vielfach durch türkische bzw. deutsch-türkische Vereine.

Befragt nach den Finanzierungsquellen der Partnerschaftsarbeit nennt die Hälfte der Befragten Mitgliedsbeiträge und Eigenmittel der Beteiligten. In zwei Drittel der Fälle geschieht eine Finanzierung über ordentliche Haushaltsmittel im Rahmen der allgemeinen Aktivitäten der Stadtverwaltung oder im Rahmen von speziellen Projekten. Die Partnerschaftsvereine werden nur zu einem Drittel durch die Kommunen mit ordentlichen Haushaltsmitteln unterstützt. Neben Spenden und Sponsoring sind dies die Hauptfinanzierungsquellen. Projektmittel von Bund und Ländern wurden kaum in Anspruch genommen – sind darauf aber auch meistens

nicht ausgelegt. Mittel der EU wurden von weniger als einem Drittel für die Partnerschaftsarbeit erschlossen. Ebenso wenig Stiftungsgelder oder „kreative Instrumente“ wie Rest-Cent-Aktion oder Bußgelder.

Auf türkischer Seite überwiegen kommunale Mittel und Sponsoring/Eigenmittel zur Finanzierung der Aktivitäten.

Des Weiteren wurde nach den Formen der Kooperation und zukünftigen Planungen in der Partnerschaftsarbeit gefragt. Im Vordergrund stehen eindeutig die unterschiedlichen Formen des Austauschs, wie Bürgerreisen, Jugend- und Kulturaustausch, Kooperationen von Schulen und Hochschulen, Feuerwehr, THW u.ä. Ein Drittel der Befragten gibt auch wirtschaftliche Kontakte als Kooperationsform an, ein Viertel verzeichnet eine Zusammenarbeit von öffentlichen Einrichtungen.

Zwei Drittel der Gemeinden begreifen ihre Zusammenarbeit als gemeinsame Projekte, deren Ziel vor allem der Erfahrungsaustausch und die interkulturelle Verständigung sind. Die Bandbreite ist dabei sehr groß und die Grenze zwischen zeitlich befristeten Projekten und kontinuierlichen Kooperationen ist sicherlich fließend. Als klare Einzelaktionen werden beispielsweise ein Fachkräfteaustausch zwischen den Verwaltungen, soziale Projekte, die Eröffnung einer türkische Abteilung in einer deutschen Bibliothek, eine Olympiade der Partnerstädte, der Transport von Hilfsgütern oder die Durchführung eines deutsch-türkischen Familienfestes genannt. Erlangen führt mit der Partnergemeinde gemeinsame Projekte zu den Themen interreligiöser Dialog und Schule gegen Rassismus durch.

Bei den Zukunftsplanungen liegt der Schwerpunkt vor allem auf der Fortführung und Intensivierung solcher Austauschbeziehungen in den Bereichen Jugend, Kunst/Kultur. Darüber hinaus zeichnet sich eine stärkere fachliche Kooperation zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Stadtplanung, Umweltschutz, Katastrophenschutz, Kunst und Kultur ab, zum Beispiel durch einen Fachkräfteaustausch und Verwaltungskooperationen. So will nach Auskunft seines Bürgermeisters Dalaman an der Mittelmeerküste durch eine Partnerschaft mit Eschweiler zu einer Modellstadt für Ökotourismus werden. Außerdem soll die wirtschaftliche

Zusammenarbeit eine größere Rolle spielen. Aus dem Gesamtbild lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass fachliche Projektarbeit in Zukunft eine größere Rolle spielen wird, ohne die Austauschbeziehungen zu verdrängen (Beispiel Nürnberg-Antalya zur Solarenergie; Erlangen-Istanbul-Besiktas zu Umweltschutz und Katastrophenschutz). In einigen Fällen wird auch die Verbesserung der Partnerschaftsarbeit selbst als zukünftige Aufgabe genannt (Zusammenarbeit von Vereinen und Verbänden, Fördermittelakquise, Einbindung der Integrationsbeauftragten).

Bei der Frage der Bewertung des Nutzens und des persönlichen Gewinns in der Partnerschaftsarbeit ergibt sich ein relativ einheitliches Bild: Entsprechend einer Konzentration der Partnerschaftsarbeit auf die Begegnung von Gruppen und den allgemeinen Austausch stehen auch entsprechende Ziele und ihre Realisierung im Vordergrund: Schaffung von kultureller Sensibilität, gegenseitiges Kennenlernen, Abbau von Vorurteilen, Förderung der Völkerverständigung und des Toleranzgedankens, interkultureller Kompetenzgewinn, Dialog zwischen den Religionen oder Erweiterung des Horizonts. Ein praktischer Nutzen durch gemeinsame Projekte findet kaum Erwähnung (Austausch von Know-how, Best-Practice-Beispiele, Entwicklung gemeinsame Projekte).

Auf Probleme in der Partnerschaftsarbeit wird in den Fragebögen nur sehr sporadisch hingewiesen. Am ehesten werden noch die Bereiche Finanzierung, Visa und sprachliche Verständigung genannt. Die Arbeitsweise und Organisationskultur auf türkischer Seite wird aber offenkundig als Problem erfahren. Innertürkische Problemlagen spiegeln sich im Auswahlprozess eines Städtepartners der Stadt Karlsruhe, wo es Fürsprecher sowohl für eine türkische (Sakarya) sowie eine kurdische Stadt (Van) gibt. Idstein berichtet über das Problem der fehlenden Akzeptanz für die Partnerschaftsarbeit mit Sile in der Bevölkerung.

Explizit politische Themen werden in der Umfrage nicht angesprochen. Weder der Beitritt zur EU und engere politische Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei noch der Demokratisierungsprozess in der Türkei selbst finden in den Antworten auf die offenen Fragen eine Erwäh-

nung (diese sind dazu allerdings wenig geeignet; es wurde leider versäumt, explizit danach zu fragen). In Wirklichkeit dürften sich solche Themen aber kaum ausklammern lassen, vor allem wenn der interreligiöse Dialog ausdrücklich Thema der Partnerschaft ist zum Beispiel die Erklärung von Erlangen (Partnerschaft mit Istanbul-Besiktas) zur Ermordung von Hrant Dink 2007.

Das Interesse an einer stärkeren Vernetzung, einem innerdeutschen Erfahrungsaustausch sowie an einem Treffen auch mit den türkischen Partnern ist sehr groß. Erhofft wird sich davon ein Erfahrungsaustausch zur Optimierung der bestehenden Arbeit, eine stärkere strategische Ausrichtung von Partnerschaftsaktivitäten, Impulse für neue Projekte und die Erschließung neuer Fördermöglichkeiten.

Fazit

Insgesamt ergibt sich ein positives Bild einer auf gegenseitiges Verständnis und persönlichen Austausch ausgerichteten Zusammenarbeit. Es ist nicht überraschend, dass die türkischen Gemeinschaften für die Städtepartnerschaften eine wichtige Rolle spielen. Eher erstaunt, dass darüber hinaus die interkulturelle Verständigung und die Integration in Deutschland als Ziel der Städtepartnerschaften hervorgehoben werden. Die Erfahrung der Türkei selbst soll so dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis zu verbessern. Eine direkte Unterstützung oder Hilfeleistung der türkischen Kommunen ist offenkundig von geringer oder nachgeordneter Bedeutung. Projekte im engeren Sinne, die über Kontakte und Austausch hinausgehen und sich auf eine konkrete Aufgabe oder ein gemeinsames Problem und dessen Lösung beziehen, scheinen bislang eine geringere Rolle zu spielen. Daher liegt das Schwergewicht der Aktivitäten auf der Zivilgesellschaft – freilich unter aktiver Teilnahme und mit politischer und häufig finanzieller Unterstützung der Stadtverwaltung. Der bislang eher geringe Anteil solcher Projekte dürfte auch damit zusammenhängen, dass die hierfür notwendigen Mittel fehlen. Die Beschaffung von öffentlichen Mitteln (Bund, Länder, insbesondere EU) ist hierfür eine Voraussetzung, stellt sich aber als schwierig dar.

Für die zukünftigen Themen und Projekte scheint in den Partnerschaften die Bedeutung einer an fachlichen Themen orientierten Zusammenarbeit in konkreten, begrenzten und zielorientierten Projekten in Zukunft zu wachsen. Es entspricht einem erkennbaren allgemeinen Trend, statt fest vereinbarter Partnerschaften „Projektpartnerschaften“ einzugehen. Diese sind nicht weniger verbindlich, vermeiden aber eine langfristige Bindung unabhängig von den aktuellen Erfordernissen und – auch finanziellen – Möglichkeiten. Das klare Plädoyer für einen engeren Austausch zwischen den deutschen Kommunen und mit den türkischen zeigt ebenfalls, dass ein Bedürfnis nach praktischer Zusammenarbeit und einer strategischen, an Problemen orientierten Projektarbeit besteht.

Politische Fragestellungen in einem engeren Sinne sind für die Partnerschaften auf den ersten Blick kaum ein Thema. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als das Bestreben um interkulturelle Verständigung es oft schwermacht, gegensätzliche oder der offiziellen Politik gegenüber kritische Positionen zu artikulieren. Auf der anderen Seite sind der EU-Beitritt und die demokratische Entwicklung entscheidende Bedingungen für die Partnerschaftsarbeit, die eigentlich nicht ausgeklammert werden können. Die konkrete Perspektive einer Mitgliedschaft würde wie bei der Osterweiterung die politische Bereitschaft zu gemeinsamen Projekten stärken und zusätzliche europäische und nationale Mittel zur Finanzierung mobilisieren.

Aus der Befragung ist nicht ersichtlich, ob die politischen Unterschiede zwischen den beiden Ländern ein Thema sind. Lediglich bezogen auf die konkrete Kooperation wurden Probleme der politischen Kultur, Arbeitsweise und Mentalität genannt. Ein eigenes Thema, das in der Befragung nicht explizit angesprochen wurde, ist die Partnerschaftsarbeit in den Kommunen und Partnerschaftsvereinen selbst: die interkulturelle Kommunikation zwischen den Aktiven und die potentielle Rolle der Migrationscommunities als Brücke zwischen den beiden Ländern. Ein Austausch hierüber könnte Aufschluss geben über die gewünschte integrative Wirkung der internationalen Partnerschaften in deutsche Kommunen hinein, Möglichkeiten und Grenzen der Partnerschaftsarbeit deutlich machen und neues Engagement befördern.

An der Fragebogenaktion beteiligte Kommunen

Nr.	Deutsche Kommune	Türkische Kommune	Seit wann?
1	Stadt Bergkamen	Taşucu	P seit 1994
2a	Berlin – Bezirk Mitte	Istanbul-Beyoglu	P seit 2008
2b	Berlin – Bezirk Mitte	Fethiye	P seit 1997
3	Stadt Böblingen	Bergama	P seit 1967
4a	Stadt Dortmund	Istanbul-Beyoglu	P seit 2008
4b	Stadt Dortmund	Trabzon	P seit 2010
5	Landeshauptstadt Düsseldorf	Izmir	F seit 1991
6	Stadt Erlangen	Beşiktaş	P seit 2003
7	Stadt Eschweiler	Dalaman	K seit 2008
8	Stadt Gelsenkirchen	Büyükcekmece	P seit 2004
9	Stadt Gladbeck	Alanya	P seit 1993
10	Stadt Idstein	Şile	P seit 2010
11	Stadt Ingolstadt	Manisa	P seit 1998
12	Stadt Kamp-Lintfort	Edremit (Bahkesir)	P seit 2011
13	Stadt Karlsruhe	Eskisehir, Sakarya, Sanliurfa, Van	K seit 2010
14	Stadt Köln	Istanbul	P seit 1997
15	Stadt Krefeld	Kayseri	P seit 2008
16	Stadt Kulmbach	Bursa	P seit 1999
17	Stadt Langen	Tarsus	P seit 1991
18	Stadt Laubach	Didim	P seit 1995
19	Stadt Marl	Kusadasi	P seit 2000
20	Stadt Neuss	Nevşehir (P), Bolu (F)	P + F seit 2007
21	Stadt Nürnberg	Antalya	P seit 1997
22	Kreis Offenbach	Uşak	P seit 2003
23	Stadt Osnabrück	Çanakkale	P seit 2004
24	Stadt Ravensburg	Bursa-Yildirim	K seit 1994
25	Stadt Schönebeck	Söke	P seit 1996

Legende: P = Partnerschaft, F = Freundschaft, K = Kontakt

Auswertung der Fragebogen-Aktion in Stichworten

Text der Powerpoint-Präsentation zum Vortrag

Die Fakten

Es gibt mehr Partnerschaften, als man denkt...

- in Deutschland rund 5.100 formelle Partnerschaften, davon 4.700 in Europa, allein mit Frankreich 2.000
- jährlich treffen sich in ihrem Rahmen geschätzt über 3 Mio. Bürgerinnen und Bürger
- Ringpartnerschaften und internationale Netzwerke

... auch mit der Türkei

- ca. 80 formelle Beziehungen mit türkischen Städten
- zwei SP Ende der 60er, dann große Lücke bis Mitte der 90er, über die Hälfte in den letzten 10 Jahren
- Schwerpunkt Raum Istanbul/Mittelmeerküste, wenige in der Osttürkei

Entstehung und Entwicklung

Aus der türkischen Gemeinschaft heraus ...

- Hoher Anteil von türkischen Zuwanderern
- Persönliche Kontakte und politische Beziehungen
- Beitrag zur Integration in die deutsche Kommune
- Interkulturelle Verständigung

... bildet sich eine Brücke zwischen beiden Ländern

- Gegenseitiges Verständnis durch Kontakte
- Gemeinsame Projekte

Aber: zwei politische und kulturelle Welten treffen aufeinander

Die Vielfalt der Beziehungen reicht ...

- von freundschaftlichen Beziehungen über eine begrenzte Projektpartnerschaft bis zum formellen Partnerschaftsvertrag
- vom Partnerschaftsverein bis zur Stadtverwaltung
- vom Sportverein bis zur Bezirkseinrichtung
- von Jugendbegegnungen bis zur Kooperation in der Energieversorgung oder Abfallbeseitigung
- von bilateralen und multilateralen Beziehungen bis zu internationalen Netzwerken

Das Engagement der Zivilgesellschaft

- Partnerschaftsvereine in verschiedenen Formen
- Vereine, Verbände, Initiativen, Religionsgemeinschaften
- Wirtschaftsakteure (IHK, städt. Unternehmen)
- öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Feuerwehr, THW, VHS, Bibliotheken, Sozialzentren)
- *Aber:* in der Türkei weniger ausgeprägt
- Problem: Bedeutung von personeller Kontinuität und politischen Konjunkturen

Die Rolle der Kommune

- *Initiatoren der SP: Kommune und Zivilgesellschaft*
- *Verhältnis Partnerschaftsverein und Kommune*
 - Die Hälfte der SP hat Partnerschaftsvereine
 - Vielfältige Einbindung der Gemeindeinstitutionen
 - Bedeutung der öffentlichen Einrichtungen (bes. Schulen)
- *Die besondere Verantwortung der Kommune*
 - Politische Unterstützung
 - Öffentliche Wahrnehmbarkeit
 - Projektträgerschaft
 - Finanzierung
- *Zivilgesellschaftliche Fundierung und politische Kontinuität*

Die Finanzierung

Finanzierungsquellen in Deutschland

- Mitgliedsbeiträge und Eigenmittel der Vereine: 50%
- Ordentliche Haushaltsmittel Kommune: 2/3
- Finanzierung PV durch Kommune: 1/3
- Spenden und Sponsoring: weniger als die Hälfte
- Bund und Länder: keine
- EU: in geringem Umfang, verschiedene Programme
- „kreative Instrumente“: sehr wenige

Auf türkischer Seite überwiegen Mittel der Kommune, Eigenmittel und Sponsoring

Die Entwicklungslinien

Studie der Heinrich-Böll-Stiftung:

- „Kommunale Partnerschaften und Netzwerke – Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit“

Entwicklungslinien

- von der Versöhnung zur praktischen Zusammenarbeit
- von der Hilfe zur Problembewältigung
- von der Begleitung der Entspannungspolitik zum friedens- und außenpolitischen Engagement
- neue Themen: Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung ; lokale Demokratie

Eine neue politische Perspektive: nachhaltige Kommunalpolitik

„Die Städte sind wichtige Brückenköpfe einer zunehmend international und global werdenden Zivilgesellschaft.“

Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, auf dem Kongress „Bewegte Stadt“ der Stiftung „Lebendige Stadt“ am 20. September 2007 in Berlin

Deutsch-türkische Städtepartnerschaften: Kommunen als Vorreiter eines „Europa von unten“

Von Claudia Roth

Eine Zahl aus dem parlamentarischen Bereich belegt für mich in beeindruckender Weise das Interesse in der Türkei an mehr Zusammenarbeit und

Austausch mit Deutschland: Mehr als ein Drittel der Abgeordneten im letzten türkischen Parlament waren Mitglied der „türkisch-deutschen Freundschaftsgruppe“. Für dieses Interesse und die Bereitschaft zur Mitarbeit gibt es natürlich vielfältige Gründe. Kontakte, die sich über in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten aus der Türkei ergeben haben, spielen eine wichtige Rolle. Es

besteht ein großes Interesse an der demokratischen und rechtsstaatlichen Verfasstheit unseres Landes, am wirtschaftlichen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Austausch. Gerade hier liegen auch wichtige und begrüßenswerte Motive, um neue und zukunftsorientierte Städtepartnerschaften anzuregen und die bereits bestehenden weiter zu entwickeln.

Die kommunalen Strukturen in der Türkei sind nicht vergleichbar mit den uns in Deutschland vertrauten. Der Aufbau der Kommunen in der Türkei und ihre zentralistisch organisierte Verwaltung machen die Gestaltung einer lebendigen Städtepartnerschaft mit den deutschen Kommunen nicht immer einfach. Die Statistik der vereinbarten Städtepartnerschaften zeigt, dass die meisten dieser Partnerschaften in den letzten 20 Jahren entstanden sind. Das hängt mit der Zunahme der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten innerhalb der Türkei und mit der EU-Beitrittsperspektive des Landes zusammen, aber auch mit dem Engagement von Migrantinnen und Migranten in Deutschland, für die die kommunalen Partnerschaften neue Perspektiven öffnen, um mit ihrer alten Heimat respektive der alten Heimat ihrer Eltern und Großeltern in Verbindung zu bleiben.

Claudia Roth

Claudia Roth, Mitglied des Deutschen Bundestags und Bundesvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen, ist Vorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag.

Trotz der zahlreichen Probleme von Kommunen in Deutschland, die ja auch Haushaltssperren und massive Kürzungen umfassen, bleiben sie interessante Partner für Kommunen in der Türkei. Sie sind häufig Vorbilder in Fragen der Verwaltung und Bürgerbeteiligung, bei der Beantwortung von neuen Herausforderungen in originären kommunalen Aufgabenbereichen wie der Abwasserbehandlung, bei Fragen der nachhaltigen Entwicklung von urbanen Räumen bis hin zum kommunalen Engagement im Rahmen einer weltweiten Klimaschutzpolitik und weiteren globalen Herausforderungen.

Nicht zu übersehen ist jedoch auch eine gewisse Europamüdigkeit, nicht nur in der EU, sondern mittlerweile auch in der Türkei. Große EU-Länder wie Deutschland und Frankreich tragen hierfür die Hauptverantwortung. Ihre Europapolitik gerade auch mit Blick auf den türkischen EU-Beitritt wurde immer unglaublicher. Hier gibt es offensichtlich eine Blockadehaltung, statt den Willen, geschlossene Verträge und Zusagen einzuhalten. Ein lebendiger Austausch zwischen den Kommunen und ihren engagierten Bürgerinnen und Bürgern kann dieser Müdigkeit entgegenwirken und die enormen Potenziale verdeutlichen, die ein zusammenwachsendes Europa unter Einschluss der Türkei bietet.

Kommunen sind unmittelbar mit den Alltagsproblemen der Menschen befasst. Das betrifft insbesondere auch demokratiepolitische Aufgaben. Aus vielen Kontakten und Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der türkischen Zivilgesellschaft und der kommunalen Verwaltungen vor allem auch in den kurdischen Gebieten der Türkei weiß ich, welche wichtigen „Lerneffekte“ es hier geben kann - mit Blick auf die Ausgestaltung der Demokratie, der Zivilgesellschaft und der Partizipation vor Ort. Und „Lerneffekt“ meint dabei gar nicht ein Verhältnis zwischen Lehrer und Lehrling, sondern den Austausch auf Augenhöhe, Solidarität und vor allem die Anerkennung der Erfahrungen der anderen, also einen wirklichen Austausch, der keine „Kopien“ verkaufen möchte.

Die bisherigen Statistiken und Erfahrungen belegen, dass die Vertiefung und Ausweitung der Städtepartnerschaften nicht an Finanzfragen

und komplizierten Haushaltslagen von Kommunen scheitern müssen. Die meisten im Austausch erfolgreichen Kommunen haben längst Wege gefunden, um gemeinsame Projekte zu entwerfen und umzusetzen, die ihren Kapazitäten sowie Bedürfnissen angemessen sind. Dabei erreichen sie oft mit kleinen Mitteln große Ziele. Manchmal sind es ganz spezielle Ideen und Anregungen des anderen Partners, die dankbar aufgegriffen werden und dann zu erstaunlichen Ergebnissen führen. Von eigenen Besuchen weiß ich, wie wichtig für manche Kommunen in der Türkei Erfahrungen deutscher Kommunen etwa bei der Einrichtung von Naturschutzgebieten sind. Was auf den ersten Blick wie eine Herkulesaufgabe aussah, erwies sich oft als ein mit überschaubarem Aufwand zu realisierendes Projekt.

Kommunen können wichtige Impulsgeber für die Politik auf regionaler und nationaler Ebene sein, und in Europa und weltweit. Denn die Verbindung von lokal und global wird immer wichtiger, zum Beispiel in der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik. Wenn die weltweit 500.000 Städte 80 Prozent der Ressourcen der Welt verbrauchen, dann macht das doch schlagend klar, dass „kommunale Außenpolitik“ und interkommunale Zusammenarbeit ein Gebot der Stunde ist. Große „Haupt- und Staatsaktionen“ aus den politischen Zentren reichen längst nicht mehr aus. Und nur zu oft sind die Zentren nicht Teil der Lösung, sondern das eigentliche Problem - mit gigantomaniischen Eingriffen in die Umwelt und die Ökosysteme. Um dem etwas entgegen zu setzen, brauchen wir auch kommunale Netzwerke, die von unten wachsen, mit Partnern, die auf Augenhöhe interagieren, in einem globalen Netzwerk, das die Probleme vor Ort in einen globalen Kontext stellt.

Dies gilt insbesondere auch für die Türkei mit einer auf vielen Feldern schier übermächtigen Zentrale. Auch wegen dieses Problems sind Vertreter der dortigen Kommunen und der Zivilgesellschaft an einem intensiven Austausch mit deutschen Kommunen interessiert. Einige kleine Beispiele aus meiner eigenen Arbeit:

Ich war mehrfach in Hasankeyf, wo nach dem Willen der Regierung in Ankara der größte Staudamm der Türkei gebaut werden soll. Das Projekt führt eine große Region in eine ökologische Katastrophe. Menschenrechts-

und kulturpolitisch ist es eine Barbarei. Denn die antike Stadt Hasankeyf ist Teil des Weltkulturerbes, wenn auch nicht auf der Liste der UNESCO. Die Kommunen im Gebiet des Projekts suchen händeringend nach Hilfe und Unterstützung, um zumindest den entstehenden Schaden zu minimieren, falls sie das Projekt nicht mehr verhindern können.

Der große deutsch-türkische Filmemacher Fatih Akin wehrt sich zusammen mit den Menschen in Çamburnu, der Heimat seiner Großeltern, gegen die Einrichtung einer Mülldeponie in einer wunderschönen Landschaft, einem Naturschutzgebiet an der Schwarzmeerküste. Das Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch im Umgang mit derartigen Problemen war mit Händen zu greifen, als ich die Region dort besuchte.

Eines der von Ankara befürworteten Atomkraftwerke soll in der Nähe der Stadt Mersin gebaut werden. Die Menschen dort wollen kein AKW. Sie wissen, wie gefährlich ein AKW gerade in ihrer erdbebengefährdeten Region wäre. Sie brauchen Unterstützung und Solidarität ihrer Schwesterstädte in dieser Auseinandersetzung, die nicht nur von lokaler Bedeutung ist.

Gespräche und Begegnungen mit dem Bürgermeister und Vertretern der Zivilgesellschaft in der kurdischen Metropole Diyarbakir stehen auf dem Besuchsprogramm vieler Delegationen aus Europa. Diyarbakir ist eine rasant wachsende und besonders „junge“ Metropole mit allen Herausforderungen, die damit einhergehen. Die Stadt braucht dringend Unterstützung in Fragen der kommunalen Verwaltung. Gleichzeitig kann sie aber vielen anderen Kommunen zeigen, wie man mit leeren Stadtkassen und minimalen Mitteln unkonventionelle Wege gehen und zukunftsfähige Projekte voranbringen kann. Dazu gehören die Unterstützung von Frauen, Frauenhäuser für Missbrauchs- oder Folteropfer und andere frauenpolitische Projekte, aber auch die Eröffnung von neuen Museen und Kulturhäusern.

Überhaupt ist Kultur und Kulturpolitik ein nicht zu unterschätzendes Feld des Austauschs – auch angesichts einer bornierten Debatte bei uns im Land. Einige Konservative wiederholen ja gebetsmühlenartig den Satz „Multikulti ist gescheitert“ und fordern stattdessen „Deutsche Leitkultur“ – was auch immer das sein soll. Fakt ist: Multikulturalität ist eine nicht weg

zu diskutierende Realität. Rund zwanzig Prozent der Menschen bei uns haben eine Migrationsgeschichte. Wir brauchen deshalb eine Weiterentwicklung einer multikulturellen Demokratie, in der alle faire Teilhabechancen haben. Aus der politischen Schrebergärtnerperspektive der „Deutschen Leitkultur“ lassen sich keine Antworten finden auf Herausforderungen in einer sich globalisierenden Welt.

Multikulturalität meint auch längst nicht mehr nur das Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen. Heute geht es insbesondere auch um Interkulturalität, um die Dimension des „Zwischen“, in der Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und Lebensgeschichten zusammen finden. Und es geht um Prozesse der „Hybridisierung“, wo einzelne, gerade auch Kreative und Künstler, in ihrem Leben und Schaffen unterschiedliche kulturelle Traditionen vereinigen. Ich denke hier wiederum an Fatih Akin oder an Feridun Zaimoglu und viele andere. Der Weg, den diese Künstler gehen, ist oft schwierig, weil sie traditionelle kulturelle Identitäten in Frage stellen. Aber was sie hervorbringen, ist hoch spannend, weil gerade in der schöpferischen Reibung, der sie sich aussetzen, Neues entsteht.

Kulturpolitik sollte solche Prozesse unterstützen, gerade auch im deutsch-türkischen Austausch. Ich freue mich, dass in Tarabya, in der traditionellen Sommerresidenz des deutschen Botschafters in der Türkei, schon bald eine Künstlerakademie dem deutsch-türkischen Künstleraustausch neue Impulse geben wird. Gerade auch Kommunen in beiden Ländern sind aufgefordert, diesen Austausch weiter voran zu bringen. Vieles existiert ja schon, Theaterprojekte, Lesereisen, Ausstellungen. Das Orchester meiner Heimatstadt Augsburg plant gerade eine Konzertreise durch wichtige Städte in der Türkei. Die drei Goethe-Institute in Ankara, Istanbul und Izmir sind wichtige Ansprechpartner und Vermittler. Und wenn der Autor und Liedermacher Zülfü Livaneli zur Frankfurter Buchmesse kommt und wenn dort hunderte von begeisterten Zuhörern mit und ohne Migrationsgeschichte seinen Liedern lauschen, dann ist klar, dass der Austausch keine Einbahnstraße ist. Kultur baut Brücken. Kommunen in Deutschland und der Türkei sollten die Chancen, die sich hier bieten, engagiert nutzen.

Anhang

Hinweise und Links zu Städtepartnerschaften

Allgemeine Informationsquellen

Informationen über die Aktivitäten im Rahmen von Partnerschaften sind am besten über das Internet zu finden; sie sind aber auf den Websites der Kommunen oft nur unzureichend dokumentiert und die entsprechenden Abschnitte oft sehr versteckt. Der einfachste Weg sind Suchmaschinen bzw. der Städteartikel bei Wikipedia. Auf den Websites der Kommunen finden sich häufig keine Hinweise auf Städtepartnerschaftsvereine und zivilgesellschaftliche Träger, so dass gerade hier die Suchmaschinen den besten Zugang bieten. Nicht alle Partnerschaftsvereine verfügen über eine eigene Website. Um bestimmte Entwicklungen zu verfolgen, empfiehlt sich die „Alert“-Funktion, etwa bei Google. Einige Städte geben auch Broschüren oder Jahresberichte in gedruckter Form heraus.

Seitens der Kommunalen Spitzenverbände ist der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), deutsche Sektion, für die internationale Arbeit zuständig (www.rgre.de). Auf ihrer Homepage finden sich eine Fülle von Informationen, insbesondere eine Datenbank der deutschen Städtepartnerschaften; siehe auch die Homepage des internationalen Verbandes (www.ccre.org; www.twinning.org). Die deutsche Sektion des RGRE hat eine elektronische Mitgliederzeitschrift „Europa kommunal“, die im Internet nicht zugänglich ist. Der Deutsche Städtetag hat jetzt einen „Leitfaden für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ)“ herausgegeben, der ebenfalls viele nützliche Hinweise enthält (www.staedtetag.de/10/schwerpunkte/artikel/00008/zusatzfenster82.html).

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) (www.service-eine-welt.de) der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)

unterstützt die Kommunen in Fragen der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Auch darüber hinaus finden sich auf der Homepage vielfältige Informationen zur internationalen Arbeit der Kommunen. Die SKEW gibt außerdem einen monatlichen elektronischen Newsletter heraus.

Einen Überblick über die „Kommunale Außenpolitik“ mit einer Fülle von Beispielen und Links bietet die von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebene Studie von Albert Statz/Charlotte Wohlfarth: Kommunale Partnerschaften und Netzwerke. Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit, Berlin, März 2010, 128 Seiten, ISBN 978-3-86928-028-8; direkter Link der PDF-Fassung der Publikation unter: www.kommunale.info/pics/Partnerschaften-Netzwerke.pdf. Eine Druckfassung ist kostenfrei zu beziehen über info@boell.de. Weitere Information zum Thema kommunale Außenpolitik auf der Homepage der Heinrich-Böll-Stiftung: www.kommunale.info/staedtepartnerschaften, die gegenwärtig in ein Wiki transformiert wird (<http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Kategorie:Staedtepartnerschaften>) sowie auf der Homepage www.albert-statz.de.

Hinweise zur Finanzierung der Städtepartnerschaftsarbeit

Die deutsche Sektion des RGRE bietet auf ihrer [Homepage](#) aktuelle Förderinfos; siehe auch die Informationen zur Zusammenarbeit mit der Türkei (nachfolgender Beitrag). Nützliche allgemeine Informationen zur Finanzierung gibt es außerdem im Finanzierungsratgeber der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ, ehem. gtz) hat einen Finanzierungsratgeber für Migrantenorganisationen herausgegeben (www.gtz.de/de/dokumente/gtz2009-de-finanzierungsmoeglichkeiten-diasporakoop.pdf). Siehe auch die verschiedenen Broschüren der Grünen Fraktion/Freie Europäische Allianz des EP (www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/foerderprogramme/kommunen), unter anderem zu Fördermöglichkeiten für Einrichtungen mit türkischem Hintergrund in Deutschland (www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/519).

Fördermittel für Projekte mit der Türkei

1. Instrument für Heranführungshilfe IPA 2007–2013

Das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) ist das Finanzierungsinstrument der EU für den Heranführungsprozess im Zeitraum 2007–2013. Es ersetzt seit dem 1. 1. 2007 die im Zeitraum 2000–2006 durchgeführten Programme zugunsten der Kandidatenländer (Phare, SAPARD, ISPA), die grenzübergreifende Zusammenarbeit (CBC), die finanzielle Heranführungshilfe zugunsten der Türkei sowie das Programm zugunsten der potenziellen Kandidatenländer CARDS. IPA unterstützt die derzeitigen Beitrittskandidaten Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei sowie die potenziellen Bewerberländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Montenegro und Serbien einschließlich Kosovo. IPA setzt sich aus fünf Komponenten zusammen: Übergangshilfe und Institutionenaufbau, grenzübergreifende Zusammenarbeit, regionale Entwicklung, Entwicklung der Humanressourcen sowie ländliche Entwicklung. Schwerpunkte bei der Umsetzung des Programms sind die Stärkung der demokratischen Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit, die Förderung und der Schutz der Menschenrechte einschl. Gleichstellung der Geschlechter, die Reform der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft, die Entwicklung der Zivilgesellschaft, die soziale Integration, Aussöhnung, vertrauensbildende Maßnahmen und Wiederaufbau sowie eine regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Der Betrag für die Durchführung des IPA beläuft sich für den Zeitraum 2007–2013 auf 11,565 Mio. EUR. Die Hilfe kann unter anderem zur Finanzierung von Investitionen, öffentlichen Aufträgen, Zuschüssen einschließlich Zinsvergütungen, Sonderdarlehen, Darlehensgarantien, Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung, Haushaltszuschüssen und sonstigen spezifischen Formen der Haushaltsstützung und eines Beitrags zum Eigenkapital internationaler Finanzinstitutionen oder regionaler Entwicklungsbanken verwendet werden. Für Projekte, die die EU mit Zuschüssen kofinanziert,

liegt der Zuschuss zwischen 50 und 80%. Die Bedingungen (Fördersumme, -höhe, Dauer der Projekte) sind von Projekt zu Projekt verschieden und im jeweiligen Aufruf („Call for proposal“) definiert.

Antragsberechtigt sind grundsätzlich alle natürlichen und juristischen Personen mit Sitz in den teilnahmeberechtigten Ländern. Je nach den Erfordernissen des ausgeschriebenen Programmbereichs kann dieser Kreis genauer definiert werden.

Ansprechpartner: Europäische Kommission, Generaldirektion Erweiterung
170, rue de la Loi, B-1049 Brüssel, Fax: 0032/ 2/ 2991777

Liste der Ansprechpartner: http://ec.europa.eu/enlargement/who_does_what/unit_d1_en.htm

Information zu IPA: http://ec.europa.eu/enlargement/how-does-it-work/financial-assistance/index_de.htm

Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen: <https://webgate.ec.europa.eu/europeaid/online-services/index.cfm?ADSSChck=1274865982324&do=publi.welcome&userlanguage=en> (Registerkarte „Advanced search“ wählen, unter „Programme“ „Pre-Accession Countries/New member states“ wählen, „Grants“ und „Open“ anhaken)

Beispiele für durchgeführte Projekte: http://ec.europa.eu/enlargement/projects-in-focus/selected-projects/turkey_en.htm

2. Weitere EU-Programme mit (kofinanzierter) Beteiligung der Türkei:

Programm für lebenslanges Lernen mit den Unterprogrammen

Leonardo, Sokrates, Grundtvig, Erasmus: <http://www.lebenslanges-lernen.eu>

Jugend in Aktion: <http://www.jugend-in-aktion.de>

Kultur (2007–2013): <http://www.ccp-deutschland.de>

Aktionsprogramm Öffentliche Gesundheit: <http://ec.europa.eu/eahc/health/projects.html>

Programm für die Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT PSP): <http://www.nks-ict-psp.de>

Öko-Innovationen (CIP-Programm „Unternehmerische Initiative und Innovation“): http://ec.europa.eu/environment/eco-innovation/getting-funds/call-for-proposals/index_en.htm

Bei weiteren Programmen muss die Türkei ein sog. Assoziationsabkommen mit der EU abgeschlossen haben, damit Projekte mit der Türkei finanziell unterstützt werden können. Dies geschieht nicht pauschal und wird von der EU-Kommission meist kurzfristig auf der jeweiligen Homepage der entspr. Generaldirektion bekannt gegeben. Auf jeden Fall sollte darauf geachtet werden, dass bei der Planung eines Projektes die Mindestzahl der geforderten beteiligten Organisationen erreicht wird, falls doch kein Assoziierungsabkommen mit der Türkei zustande kommt.

An dem Programm „Europa der Bürgerinnen und Bürger“, mit dem insbesondere auch Städtepartnerschaften gefördert werden, ist die Türkei nicht beteiligt. Daher können Bürgerbegegnungen mit türkischen Partnerstädten mit diesem Förderprogramm nicht unterstützt werden.

3. Weitere Fördermittel, Wettbewerbe:

Robert-Bosch-Stiftung: Förderung der Deutsch-türkischen Beziehungen: <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/435.asp>

Ernst-Reuter-Initiative des Auswärtigen Amtes:

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/InterkulturellerDialog/ERI/Uebersicht-ErnstReuterInitiative_node.html

Goethe-Institut – Stadtschreiberprojekt: <http://www.goethe.de/ins/tr/lp/kue/lit/sdt/deindex.htm>

MitOst – Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: <http://www.mitost.org>

Hinweis: Die in dieser Aufstellung aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.

Übersicht: Deutsch-türkische Partnerschaften, Freundschaften und Kontakte

Quelle: Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Deutsche Sektion

www.rgre.de/partnerschaften.html

Stand: 6. Oktober 2011

Gemeindenname	PLZ	Bundesland	Partnergemeinde	Partner seit	Form
Aalen	73430	Baden-Württemberg	Antakya	1995	P
Ansbach (Kreis)	91522	Bayern	Mudanya	1997	P
Bergkamen	59192	Nordrhein-Westfalen	Tasucu	1994	P
Berlin	10178	Berlin	Istanbul	1998	P
Berlin (Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg)	10247	Berlin	Istanbul (Bezirk Kadiköy)	2000	P
Berlin (Bezirk Mitte)	10178	Berlin	Istanbul (Bezirk Beyoglu)	2009	P
Berlin (Bezirk Neukölln)	12043	Berlin	Izmir (Bezirk Cigli)	2005	P
Berlin (Bezirk Spandau)	13597	Berlin	Izmir	2000	P
Berlin (Bezirk Tempelhof-Schöneberg)	10825	Berlin	Mersin	2011	F
Betzdorf	57518	Rheinland-Pfalz	Denizli	1966	P
Bingen	72511	Baden-Württemberg	Anamur	2008	K
Böblingen	71032	Baden-Württemberg	Bergama	1967	P
Bonn	53111	Nordrhein-Westfalen	Yalova	1969	P
Bremen	28195	Bremen	Izmir	1996	P
Brühl	50321	Nordrhein-Westfalen	Kas	2002	P
Darmstadt	64283	Hessen	Bursa	1971	P
Dietzenbach (Kreis)	63128	Hessen	Usak	2003	P
Dormagen	41539	Nordrhein-Westfalen	Göynük	2006	F
Dortmund	44135	Nordrhein-Westfalen	Trabzon	2010	F
Dortmund	44135	Nordrhein-Westfalen	Beyoglu	2008	F
Duisburg	47051	Nordrhein-Westfalen	Gaziantep	2005	P
Düren	52349	Nordrhein-Westfalen	Eregli	2009	P
Düsseldorf	40213	Nordrhein-Westfalen	Izmir	1991	F
Edingen-Neckarhausen	68535	Baden-Württemberg	Dösemealti (Antalya)	2000	K
Elzach	79215	Baden-Württemberg	Kale	2011	P
Elzach	79215	Baden-Württemberg	Demre	1997	P
Erlangen	91052	Bayern	Istanbul (Besiktas)	2003	P
Eschweiler	52249	Nordrhein-Westfalen	Dalaman	2010	F

Gemeindename	PLZ	Bundesland	Partnergemeinde	Partner seit	Form
Flörsheim am Main	65439	Hessen	Güzelbahce	2003	F
Freiberg am Neckar	71691	Baden-Württemberg	Erzin	1996	P
Fürth	90762	Bayern	Marmaris	1995	P
Gelsenkirchen	45879	Nordrhein-Westfalen	Büyükcemece	2004	P
Gladbeck	45964	Nordrhein-Westfalen	Alanya	1993	P
Güstrow (Kreis) (Güstrow, Stadt)	18273	Mecklenburg-Vorpommern	Adiyaman	2011	P
Hamm	59065	Nordrhein-Westfalen	Afyonkarahisar	2006	P
Hamm	59065	Nordrhein-Westfalen	Seferihisar	2011	P
Hamm	59065	Nordrhein-Westfalen	Istanbul (Bagcilas)	2011	P
Haßloch	67454	Rheinland-Pfalz	Silifke	2001	K
Haßloch	67454	Rheinland-Pfalz	Silifke	1999	P
Hürth	50354	Nordrhein-Westfalen	Burhaniye	2011	P
Hürth	50354	Nordrhein-Westfalen	Burhaniye	2011	P
Idstein	65510	Hessen	Sile	2005	K
Ingolstadt	85049	Bayern	Manisa	1998	P
Kamen	59174	Nordrhein-Westfalen	Bandirma	1999	P
Kamp-Lintfort	47475	Nordrhein-Westfalen	Edremit	2009	K
Kamp-Lintfort	47475	Nordrhein-Westfalen	Edremit	2011	P
Karlsbad	76307	Baden-Württemberg	Seferihisar	1995	F
Karlsruhe	76133	Baden-Württemberg	Eskisehir	2010	F
Karlsruhe	76133	Baden-Württemberg	Adapazari	2010	F
Karlsruhe	76133	Baden-Württemberg	Sanliurfa	2010	F
Kassel	34117	Hessen	Izmit	2000	P
Köln	50667	Nordrhein-Westfalen	Istanbul	1997	P
Krefeld	47803	Nordrhein-Westfalen	Kayseri	2009	P
Kronach	96317	Bayern	Edirne	2000	K
Kulmbach (Kreis) (Kulmbach, Stadt)	95326	Bayern	Bursa	1985	P
Langen (Hessen)	63225	Hessen	Tarsus	1991	P
Laubach	35321	Hessen	Didim	1995	P
Lörrach	79539	Baden-Württemberg	Edirne	2006	K
Ludwigshafen am Rhein	67059	Rheinland-Pfalz	Gaziantep	2009	F
Lünen	44532	Nordrhein-Westfalen	Bartın	2011	P
Mannheim	68159	Baden-Württemberg	Istanbul (Atasehir)	2011	K
Mannheim	68159	Baden-Württemberg	Istanbul (Beyoglu)	2008	K
Mannheim	68159	Baden-Württemberg	Malatya	2010	K
Marl	45768	Nordrhein-Westfalen	Kusadasi	1999	P

Gemeindename	PLZ	Bundesland	Partnergemeinde	Partner seit	Form
Melle	49324	Niedersachsen	Nigde	1996	F
Mosbach	74821	Baden-Württemberg	Finike	1995	P
Mülheim an der Ruhr	45468	Nordrhein-Westfalen	Beykoz / Istanbul	2008	P
Neuss	41460	Nordrhein-Westfalen	Nevsehir	2007	P
Neuss	41460	Nordrhein-Westfalen	Bolu	2007	F
Neustadt an der Weinstraße	67433	Rheinland-Pfalz	Mersin-Yenisehir	1998	P
Nürnberg	90403	Bayern	Antalya	1997	P
Oberhausen	46045	Nordrhein-Westfalen	Mersin	2004	P
Oer-Erkenschwick	45739	Nordrhein-Westfalen	Oba	2003	F
Offenbach (Kreis)	63128	Hessen	Usak	2003	P
Osnabrück	49074	Niedersachsen	Çanakkale	2004	P
Pforzheim	75175	Baden-Württemberg	Nevsehir	2007	P
Rathenow	14712	Brandenburg	Bursa	2003	K
Ravensburg	88212	Baden-Württemberg	Bursa	1994	K
Schönebeck (Elbe)	39218	Sachsen-Anhalt	Söke	1996	P
Schwabach	91126	Bayern	Kemer	1998	P
Schwäbisch Gmünd	73525	Baden-Württemberg	Sile	1995	F
Schwäbisch Hall	74523	Baden-Württemberg	Balikesir	2006	P
Siegburg	53721	Nordrhein-Westfalen	Selenk	1994	P
Troisdorf	53840	Nordrhein-Westfalen	Ozdere	2005	P
Velbert	42551	Nordrhein-Westfalen	Hacibektas	2005	P
Walldorf	69190	Baden-Württemberg	Kirklareli	1991	P
Weilburg	35781	Hessen	Kizilcahamam	2006	P
Wiernsheim	75446	Baden-Württemberg	Aqancik (Sinop)	1997	P
Wiesbaden	65183	Hessen	Istanbul - Fatih	2009	F
Wunsiedel i. Fichtelgebirge (Kreis) (Wunsiedel, Stadt)	95632	Bayern	Torbali	1980	F

Legende: P = Partnerschaft, F = Freundschaft, K = Kontakt

Berliner Städtepartnerschaften mit der Türkei

Bericht über den Workshop „Berlin–Istanbul wächst von unten – Eine Bestandsaufnahme Berliner Städtepartnerschaften mit der Türkei“ am 15. Februar 2008 in Berlin

Der Workshop, den das August-Bebel-Institut in Zusammenarbeit mit dem Forum Berlin-Istanbul veranstaltete und an dem ca. 70 Personen teilnahmen, hatte zum Ziel, einen Gedankenaustausch zwischen den Bezirkspartnerschaften mit der Türkei zu initiieren und sich der Möglichkeiten und Grenzen, der politischen Herausforderungen und der Perspektiven des interkulturellen Austauschs zu vergewissern. Unmittelbarer Anlass war, dass im Jahre 2009 die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Istanbul ihr 20jähriges Jubiläum feiern wird. Frau Birgitta Strunk von der Senatskanzlei und Cornelia Reinauer vom Istanbul-er Zweig des FBI berichteten über den Stand der Vorbereitungen des Partnerschaftsjubiläums.

Beteiligt waren Vertreterinnen der Partnerschaftsvereine und aus Bezirksämtern der Partnerschaften Spandau – Iznik (seit 1987), Friedrichshain-Kreuzberg – Istanbul-Kadiköy (seit 1997), Neukölln – Izmir-Cigli (seit 2005), Berlin-Pankow – Mersin (seit 2004) und Mitte – Istanbul-Beyoglu (in Gründung). Ergänzt wurde diese moderierte Diskussion durch Fragen und Beiträge aus dem Publikum. Mit der Veranstaltung gelang es, auch allgemein Interessierte an der Zusammenarbeit Berlins mit der Türkei und insbesondere Istanbul anzusprechen und Anregungen für das Partnerschaftsjubiläum Berlin-Istanbul zu erhalten.

Im Vordergrund standen das zivilgesellschaftliche Engagement in den Partnerschaftsvereinen und die wichtige Rolle der Bezirksämter, die diesem Engagement nicht nur finanzielle Unterstützung – wenn auch, so wurde betont, in unzureichendem Maße – zukommen lassen, sondern vor allem auch politische Wertschätzung und öffentliche Aufmerksamkeit.

Wesentliche Elemente der Erfahrungen der Partnerschaftsvereine sind: **Gründung, Kontinuität und Entwicklung** der Partnerschaften hängen we-

sentlich vom Engagement einzelner Personen ab. Die Bildung von Partnerschaftsvereinen, die unabhängig von den bezirklichen Verwaltungen aktiv sind und sich in konkreten bezirklichen Fragen engagieren, sind dabei unerlässlich, auch um über wechselnde (partei-)politische Konstellationen hinaus Kontinuität herzustellen. Die Zusammenarbeit muss die eher hierarchischen politischen Strukturen und eine mehr auf Spontaneität als auf klare organisatorische und politische Planung gegründete politische Kultur in der Türkei berücksichtigen. Dies erfordert ein hohes Maß an Eigeninitiative von deutscher Seite. Das „sich selbst organisierende Chaos“, wie es ein Teilnehmer ausdrückte, in der Türkei ist für Deutsche gewöhnungsbedürftig. Eine langfristige Vertrauensbildung und die zivilgesellschaftliche Verankerung in den türkischen Kommunen sind um so wichtiger. Für eine kontinuierliche Zusammenarbeit bilden die Einbeziehung der bezirklichen Verwaltungen, Bürgermeisterreisen und der offizielle Austausch ein wesentliches Element.

Die Partnerschaften müssen sehr **unterschiedlichen Motiven und Interessen** Rechnung tragen. Dabei steht der interkulturelle Erfahrungsaustausch zunächst im Vordergrund. Das schlichte Motiv der Neugier auf neue Erfahrungen ist nicht gering zu schätzen, sondern wichtiges Element interkultureller und antirassistischer Arbeit gerade mit Jugendlichen. Einzelne Gruppen wie zu Beispiel Künstler haben ein eigenes genuines Interesse am Austausch; bei Jugend- und Sportverbänden kann dieses leicht geweckt werden; gewachsene Strukturen wie Schulpartnerschaften können ein Rückgrat bilden; Querschnittsthemen wie Gemeinwesenarbeit und Frauen- oder Umweltpolitik bilden einen politischen Ansatzpunkt für den Austausch und praktische Zusammenarbeit. Direkte Interessen an politischer und wirtschaftlicher Kooperation sind schwieriger zu realisieren. Die Partnerschaften müssen auch für einzelne partikuläre Interessen offen sein.

Wichtig ist eine Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“. Die **Verständigung zwischen den unterschiedlichen Kulturen** stößt auf viele wechselseitige Missverständnisse und Vorurteile. Eine Reflexion auf die Schwierigkeiten interkultureller Kommunikation ist daher ein wesentliches Element der

Partnerschaft. Zum Teil herrscht eine Asymmetrie in der Kooperation: In den politischen Feldern der Umwelt- und Stadtentwicklung, der Frauenpolitik und in demokratiepolitischen Fragen kann die Zusammenarbeit mit Deutschen für die türkische Seite eine wichtige politische Unterstützung sein. Einen unmittelbaren wechselseitigen Nutzen bietet vor allem eine konkrete wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur und Stadtentwicklung sowie in der Tourismuswerbung.

Die **Beteiligung der türkischen Gemeinschaft** hier an den Städtepartnerschaftsvereinen ist unterschiedlich. In Bezirken mit hohem Anteil türkischstämmiger Bevölkerung war die türkische Gemeinschaft oft unmittelbar an der Gründung beteiligt, zum Teil aufgrund von direkten persönlichen Beziehungen. Für einige Bezirke stellt sich aber die Aufgabe, in der türkischen Gemeinschaft oder durch die unmittelbare Zusammenarbeit mit (deutsch-) türkischen Organisationen für eine Beteiligung an der Städtepartnerschaft zu werben. Dieses Potential ist bislang keineswegs ausgeschöpft.

Partnerschaften bilden eine **Brücke zwischen den Kulturen**; Partnerschaftsarbeit ist vornehmlich Netzwerkarbeit. Die beteiligten Personen selbst bilden bereits ein Netzwerk, das von außen angesprochen werden kann. Allgemein wurde eine starke Überalterung der Aktiven in den Vereinen festgestellt. Ein Grund für die mangelnde Bereitschaft von Jugendlichen sich zu engagieren ist eine geringer ausgeprägte Bereitschaft, sich auf feste Strukturen einzulassen. Eine Orientierung an Begegnungs- und Austauschprojekten von Jugendlichen ist um so wichtiger. Einen wichtigen Beitrag kann die – in allen Vereinen, aber in unterschiedlichem Maße praktizierte – direkte Zusammenarbeit mit Institutionen wie Kindertagesstätten, sozialen Zentren, Schulen und Volkshochschulen sowie deutschen und/oder türkischen Vereinen und deren Einladung zu einer Beteiligung am Austausch leisten. Den Städtepartnerschaftsvereinen kommt dabei die Rolle zu, Kontakte anzubieten, zu vermitteln und einen Rahmen hierfür zu schaffen.

Die Möglichkeit des Austauschs steht und fällt mit den **materiellen Möglichkeiten**. Oft sind es nur minimale Beträge, die von den Bezirks-

ämtern zur Verfügung gestellt werden können. Möglichkeiten, die Finanzierung auf breitere Grundlage zu stellen, bestehen in der Kooperation mit Institutionen, freien Trägern und Initiativen und deren Projekten, mit den Volkshochschulen und der Landeszentrale für politische Bildung, in einer Kofinanzierung durch Landes-, Bundes- und EU-Mittel oder durch Sponsoring. Ein wichtiges Problem besteht in der Unterbringung türkischer Gäste: die privaten Möglichkeiten sind beschränkt. Eine mögliche Lösung besteht darin, dass nicht nur Geld, sondern auch Infrastruktur bereitgestellt wird: zum Beispiel indem die Bezirke ihre eigenen Immobilien dazu nutzen, um Orte (Tagungsstätten, Vereinsheime u.a.) zu unterstützen oder zu schaffen, die eine preiswerte Übernachtung ermöglichen. Es bestand großes Interesse daran, einen Workshop zu veranstalten, der sich dem komplizierten Thema der Finanzierung widmet.

Albert Statz

Kontaktadressen

Partnerschaftsverein Spandau e.V.

www.partnerschaften-spandau.de

Kontakt: partnerschaftsverein-spandau@web.de

Freundschaftsverein Friedrichshain-Kreuzberg – Kadiköy

www.kadikoey-berlin.de

Kontakt: info@kadikoey-berlin.de, c.zieger@t-online.de

Freunde Neuköllns e.V.

www.freunde-neukoellns.de

Kontakt: Freunde.Neukoellns@t-online.de

Freundschaftsverein Berlin-Mersin. e.V.

www.berlin-mersin.de

Kontakt: berlinmersin@yahoo.de, rudi blom2004@yahoo.de

Partnerschaft Berlin-Mitte – Istanbul-Beyoglu

Kontakt: bettina.ahrens@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Impressum

Die Autorinnen und Autoren

Ines Spengler ist Mitarbeiterin der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und dort unter anderem Ansprechpartnerin für den Bereich „Kommunale Partnerschaften“.

Dr. Albert Statz, Regierungsdirektor a.D., ist Mitglied des Beirates für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg und des Forums Berlin-Istanbul sowie Co-Autor der Studie „Kommunale Partnerschaften und Netzwerke. Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit“ der Heinrich-Böll-Stiftung (www.kommunale.info/staedtepartnerschaften).

Kontakt

Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion

Ines Spengler

Gereonstr. 18–32

50670 Köln

Tel. 0221/3771-313

Fax 0221/3771-128

ines.spengler@staedtetag.de

www.rgre.de

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Wolfgang Pohl

Schumannstr. 8

10117 Berlin

Tel. 030/285 34-247

Fax 030/285 34-5247

pohl@boell.de

www.kommunale-info.de, www.kommunalwiki.boell.de

Dr. Albert Statz

Siegfriedstr. 19

13156 Berlin

Tel. 030/47483032

albert.statz@gmx.net

www.albert-statz.de

Deutsch-türkische Städtepartnerschaften

Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten

Tagung, 6./7. Juni 2011 in Nürnberg

Dokumentation

Von Ines Spengler und Dr. Albert Statz

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem

Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion

© Heinrich-Böll-Stiftung und RGRE, Berlin und Köln 2011

Die vorliegende Publikation steht unter der Creative-Commons-Lizenz

Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Deutschland

(CC BY-SA 2.0). Den ausführlichen rechtsverbindlichen Lizenztext finden Sie unter

<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/legalcode>



Gestaltung: Udo Tremmel

Redaktion/Fotos: Fabian Langer